

Arbeiter-Zeitung

ersch. täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. Bezugspreis:
Abendl. 22 Pf. + 8 Pf. Botenlohn = 60 Pf., monatl. 2,10 Mk. + 50 Pf.
Botenlohn = 2,60 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen
jährlich 2,60 Mk., unter Streifenband 3 Mk. Anzeigenpreis: Die
einmalige Spalten-Millimeterzeile über deren Raum 12 Pf., Bereichs- u. Ver-
einigungsanzeigen 6 Pf. 14 Spaltenpreis: Die dreizehnl. Millimeterzeile
über deren Raum im Text 70 Pf. — Annahmeschluss in der
Abendausgabe um 8 Uhr; in den Vorkosten am Tage vorher bis 18 Uhr.

für Schlessien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von **Bernhard Schottländer** (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fern-
sprecher 460 88. Postfachnummer: Breslau
Nr. 544. Redaktion: Breslau 10, Trebnitzer Straße 50 (Korber-
haus). Fernsprecher 430 02. Sprechst. der Redaktion: Montag bis
Freitag von 17—18 Uhr. Filialredaktion: G. S. Litz, Luntz 6.
Fernsprecher 2384. Geschäftszeit von 8—19 Uhr. — Geschäftsst. Post-
verlag Breslau. — Verlags: Schlessische Verlagsgesellschaft m. B. G.,
Breslau 10, Trebnitzer Straße 50, Fernsprecher 460 89.

Einheitsfrontmanöver der SAP. und KPD. entlarvt!

Die SAP.- und KPD.-Führer die Zuhälter der Wels, Tarnow und Leipzig — Die Saboteure der kämpfenden Einheitsfront fürchten die „Arbeiter-Zeitung“ — Betriebsarbeiter, nehmt in den Betriebsversammlungen gegen diese Manöver Stellung
Delegiert eure Betriebsräte und Funktionäre zur Betriebsbelegierten-Konferenz der KPD. am Sonntag, dem 17. Januar

Breslau, 14. Januar. Die SAP. und KPD.-Führer versuchen mit ihren Einheitsfrontmanövern die sich anbahnende kämpfende Einheitsfront in den Betrieben und auf den Arbeitsstellen zu verhindern. Am 7. Januar hat bereits im kleinen Saale des Gewerkschaftshauses eine Sitzung aller Betriebsräte der Breslauer Gemeindebetriebe, einberufen von der SAP. und KPD., stattgefunden. Die Führer dieser Konferenz, gepeitscht durch das Auftreten der roten Betriebsräte für die sofortige Beschreitung des revolutionären Weges gegen Lohnraub und Faschismus, haben schon auf dieser Konferenz die Maske fallen gelassen. Die Ablehnung der kontreten Kampfbeschlüssen war der beste Beweis dafür, daß diese Konferenz den ausschließlichsten Zweck verfolgte, die kämpfende Einheitsfront zu verhindern.

Die seit mehreren Tagen auf allen Belegschaftsversammlungen, die von der SAP. und KPD. einberufen waren, für gestern angekündigte „große“ Betriebsrätekonferenz offenbarte die Zuhälterrolle der SAP.- und KPD.-Führer für die „Masse des Kapitalismus“, für die Wels, Tarnow und Leipzig. Auf der Konferenz waren nur 152 Mann, davon 75 Betriebsräte, anwesend. Die Anwesenheit der roten Betriebsräte war den „Kampfstrategen“ der SAP. und KPD. recht unangenehm. Der Gesamtbetriebsratsvorsitzende der Gemeindebetriebe, der SAP.-Mann Schwarz, der die Konferenz eröffnete, erklärte, daß nur freigewerkschaftliche Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre geladen seien. Die roten Betriebsräte seien hier für diesmal nur geduldet!

Der Vertreter der „Arbeiter-Zeitung“, der von der Fühlkontrolle freigelassen worden war, mußte vor Stattfinden der Konferenz auf Anweisung des SAP.-Mannes Schwarz die Konferenz verlassen. Dieser „Kämpfer für Arbeiterdemokratie“ machte die Anwesenheit des Vertreters der „Arbeiter-Zeitung“ von der Erklärung abhängig, ob er bereit sei, nur das in der Zeitung zu veröffentlichen, was der „Genosse“ Schwarz wünsche! Diese Frechheit wurde scharf zurückgewiesen, und es wurde ihm erklärt, daß die „Arbeiter-Zeitung“ bereits morgen über den Verlauf der Konferenz der Arbeiterschaft berichtet werden werde. Das Vorgehen von Schwarz erfolgte im Einverständnis mit der SAP.- und KPD.-Führung. Der Hinauswurf des Vertreters der „Arbeiter-Zeitung“ ist der beste Beweis dafür, daß diese Leute — die Gewerkschaftsführer Blank, Senf usw. — nur an der Konferenz teilnehmen — unter sich Einheitsfront gegen die Arbeiterschaft betreiben.

Der Konferenz legte man eine ellenlange Entschließung zur Annahme vor, die in der Linie „Zwingt die Bonzen“ liegt. Der Referent des Abends war der Knecht Ammon, der in seinem zehn-Minuten-Referat die Linie des Kampfes „Zwingt die Bonzen“ vermittelte. Er betonte ausdrücklich, daß der Kampf nur innerhalb der Gewerkschaften geführt werden müsse. Nur unter dem Druck der Arbeiterschaft werde die Bürokratie Kämpfe auslösen. Er habe die Hoffnung, daß die Einheitsfront zustande komme.

Der rote Betriebsrat Genosse Jensch zeigte den Kollegen klar und präzise, wie der Kampf gegen Lohnraub und Faschismus organisiert und geführt werden müsse. Er wies an Hand von Beispielen

auch, daß die soziale Hauptstütze der Bourgeoisie die SAP. sei, und alle diejenigen, die Einheitsfront mit Wels, Tarnow und Leipzig propagieren, sind Feinde der Arbeiterklasse. Er wies wiederum an Hand von Beispielen den Kollegen nach, daß die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer nicht nur die Kräfte sind, die jeden Kampf zu verhindern suchen, sondern die ganz offen den Streikbruch propagieren und organisieren. Nur die KPD. habe bewiesen, daß sie die einzige organisierende und führende Kraft zur Auslösung von Kämpfen gegen Lohnraub und Faschismus ist. (Nach unserer Kenntnis haben seit Anfang November 1931 bis 9. Januar 1932 101 siegreiche Streiks und Betriebsbewegungen durch Initiative und Führung der KPD. stattgefunden. D. Red.) Der Genosse Jensch brachte durch Verlesung eine Entschließung ein, die den Weg zur Schaffung der kämpfenden Einheitsfront aufzeigt. Er betonte ausdrücklich, daß diejenigen, die gegen die Entschließung auftraten, gegen die Interessen der Arbeiter handeln. (Beifall.)

Das Verbot der Betriebsratswahlen für das Jahr 1932 zeige die Angst der Bourgeoisie und der Gewerkschaftsbürokratie aller Schattierungen vor dem weiteren siegreichen Vormarsch der roten Betriebsrätebewegung. Die Arbeiterschaft müsse um die Durchführung der Betriebsratswahlen kämpfen.

Der sozialdemokratische Betriebsrat Strachotta, der als „Feind der Arbeiterschaft“ bekannt sein dürfte, hefte gegen die roten Betriebsräte und die KPD. in der unverschämtesten Weise. Selbst die unorganisierten Arbeiter mußten herhalten. Unter Unruhe im Saal trat dieser Speichellecker für die Gewerkschaftsbürokratie ein.

Dem Betriebsarbeiter Standke, der bei den SAP.-Reuten im Gericht steht, KPD.-Mann zu sein, wurde nicht das Wort erteilt. Der rote Betriebsrat Ottmann wandte sich gegen die in der Konferenz vertretene Linie „Zwingt die Bonzen“ und erklärte, daß ja dann die Proleten verhungern würden. Die Arbeiterschaft, die zum Kampfe bereit ist, müsse von unten die kämpfende Einheitsfront unter Führung der KPD. schließen.

Der SAP.-Mann Giese trat ebenfalls für den „Kampf innerhalb der Gewerkschaften“ ein. Der Redner meinte, daß hier auf der Konferenz zwei scharf abgegrenzte Meinungen zu Worte gekommen sind, und zwar die der Gewerkschaften und die der KPD. Das ist insofern richtig, daß die SAP. und die KPD. die Politik der Gewerkschaftsbürokratie unterstützen, während die KPD. die Interessen der Arbeiterschaft wahrnehme.

Im Schlußwort entpuppte sich nochmals der Leiter der Konferenz, der SAP.-Mann Schwarz, dadurch, als er davon sprach, daß der KPD. die Massen, die noch nicht zum Kampfe reif sind, schulen müsse. Die streikbrecherischen Bonzen sollen die Massen zum Kampfe gegen Lohnraub und Faschismus schulen! Sollte da nicht jeder Arbeiter die schändliche Rolle der SAP. erkennen!

Die von den roten Betriebsräten eingebrachte Entschließung wurde mit 57 gegen 18 Stimmen abgelehnt. Es durften nur Betriebsräte an der Abstimmung teilnehmen. Die Entschließung der SAP. und KPD. wurde mit 61 gegen 14 Stimmen angenommen. (Fortsetzung auf der 2. Seite)

Klasse gegen Klasse!

Zum Beschluß des ZK. der KPD.: Aufstellung des roten Arbeiterkandidaten Ernst Thälmann

Der Beschluß des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei, den Genossen Thälmann als roten Arbeiterkandidaten für die Präsidentschaftswahlen aufzustellen, wird den stärksten Widerhall im ganzen deutschen Proletariat und eine Welle des begeisterten Kampfwillens unter Millionen revolutionären Arbeitern auslösen.

Die Bedeutung dieses Beschlusses besteht darin, daß die Kommunistische Partei — wie in allen wirtschaftlichen und politischen Kämpfen für die Lebensinteressen der Arbeiterklasse und aller Werktätigen — mit ihrer selbständigen proletarischen Klassenpolitik auch bei den Präsidentschaftswahlen auftritt.

Die deutschen Arbeiter, die werktätigen ausgebeuteten Schichten konnten in den letzten Tagen erleben, wie die Wels und Leipzig gleichermäßen wie die Hugenberg und Hitler auf Brünnings Einladung versicherten, daß sie mit Herz und Hand für den Marshallpräsidenten Hindenburg einsehen. Der reaktionäre Blod der neuen faschistischen „Volksgemeinschaft“ heft Hindenburg auf den Schild. Hindenburg, der Unterzeichner aller Notverordnungen, der Unterzeichner des Youngplans ist ebenso der Kandidat der sozialdemokratischen Führerschaft, wie der Naziführer, Brünnings, Groenens und der Leute vom Reichsverband der deutschen Industrie.

Die sozialdemokratischen Führer haben in die Hindenburg-Front nicht erst einzuschwenken brauchen — sie standen und stehen als Hauptstütze in der Notverordnungsfront der Brünnings-Hindenburg. Sie standen und stehen zur Sache jener Klasse, die gegen das Proletariat und die gewaltige Mehrheit der Volksmassen mit drakonischen Methoden regiert. Sie folgen den Befehlen jener Klasse, deren Politik auch die Hugenberg-Hitler skrupellos durchführten. Alle vielleicht noch kommenden Manöver der einzelnen Parteien der faschistischen „Volksgemeinschaft“ ändern nichts an ihrer Klassenposition für die Bourgeoisie, die die Sozialdemokratie in den letzten Tagen offen enthüllt hat.

Das Zentralkomitee unserer Partei hat beschlossen, den Genossen Ernst Thälmann als kommunistischen Arbeiterkandidaten gegen Hindenburg und alle anderen Kandidaten der bürgerlichen Front aufzustellen.

Thälmann gegen Hindenburg — in diesen beiden Namen drückt sich die Frontstellung Klasse gegen Klasse aus. In diesem Namen marschieren die Front der Arbeiterklasse als revolutionäre Führerin aller mit ihr verbündeten Werktätigen gegen die Front der kapitalistischen Diktatur von Wels bis Hitler.

Sie sind der Ausdruck des unveröhnlichen Kampfes zwischen den Lebensinteressen des leidenden, ausgebeuteten, unterdrückten Volkes, der Mehrheit der Volksmassen, auf der einen — und den Herrschaftsinteressen einer Minderheit, der Kapitalistenklasse, auf der anderen Seite.

Diese Namen sind nicht nur eine Demonstration: der Kandidat der revolutionären Arbeiter gegen den Repräsentanten des herrschenden kapitalistischen Systems, sondern ein Kampfruf zur außerparlamentarischen Mobilisierung der proletarischen Millionen und aller Werktätigen für Brot und Freiheit, gegen Not und Knechtschaft.

Sie verkünden, daß die Kommunistische Partei als führende Kraft der roten Einheitsfront die Fahne des kommenden sozialistischen Rätedeutschlands gegen die Front der Notverordnungs-, der Youngpolitik-, der faschistischen Entrechtung, gegen die ganze kapitalistische Diktatur entfaltet hat.

Die Einleitung der Massenmobilisierung zu den Präsidentschaftswahlen steht im Zeichen der Fortsetzung unserer roten Einheitsfrontpolitik, wie sie der Einheitsappell des Zentralkomitees unserer Partei an die Arbeiter der Sozialdemokratie, der Gewerkschaften und des Reichsbanners entwickelte.

Sozialdemokratische Arbeiter, her zu uns in die rote Einheitsfront des Kampfes gegen Lohnraub und faschistischen Terror, her zu uns im brüderlichen Bündnis in allen Tageskämpfen, her zu uns zur gegenseitigen Hilfe gegen jeden Angriff des Klassenfeindes — das heißt jetzt auch bei den Präsidentschaftswahlen:

Der zur Front des roten Kandidaten der deutschen Arbeiterklasse, Ernst Thälmann! Kampferklärung gegen die Hindenburgsche Notverordnungsfront von Wels über Brünnings bis Hitler!

KPD.-Sieg im freigewerkschaftlichen Verband

Genossen, verstärkt überall unsere innergewerkschaftliche Arbeit!

Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtber.) In der großen Generalversammlung der Chemigraphengruppe im Verband der Lithographen und Steindruckere hat die Opposition einen glänzenden Sieg errungen. In der Versammlung nahmen von rund 1500 Mitgliedern fast 1000 teil. Die Liste der Opposition für die Vorstandswahlen wurde angenommen. Gegen die Liste der Opposition haben die Anständerer ihre eigene Liste aufgestellt. Auf Antrag der neugewählten Leitung wurde eine Entschließung angenommen, wonach im Verbande nur

nach auf tausend Mitglieder ein Angestellter kommen soll. Die überwiegend die Reformisten in dem Postenvergeben gerade in diesem Verbande waren, ergibt sich aus der Tatsache, daß der „Vorwärts“ jaunert, nach diesem Antrag müßte die Hälfte der Verbandsbürokraten entlassen werden.

Der Sieg bei den Berliner Chemigraphen zeigt, daß denigste Arbeit der KPD. zur Gewinnung auch der gewerkschaftlich organisierten Arbeitermassen führt.

Stahl- und Walzwerksarbeiter im Streit!

Berlin, 14. Januar. (Eig. Drahtber.) Die Belegschaft des Stahl- und Walzwerkes Bothe, Berlin, ist gestern in den Streit getreten, nachdem der Unternehmer einen 15prozentigen Lohnabbau vornehmen wollte. Die Ortsverwaltung des DMB. hat ihren Mitgliedern gegenüber erklärt, daß sie sich erwerbslos melden sollten und daß sie die Enttätigung zum Streik erst bekommen würden, wenn die DMB.-Kollegen durchsetzen, daß ein Vertreter der Ortsverwaltung mit dem

Unternehmer verhandelt. Die Versammlung hat abgelehnt, daß ein Vertreter des DMB. mit der Firma verhandelt.

Über 4000 Proleten liegen aufs Pflaster

Ahelnhausen, 13. Januar. (Eig. Drahtber.) Die Krupp-WG. legt die Friedrich-Alfred-Hütte am 16. Januar still. Dadurch werden 1250 Arbeiter auf die Straße geworfen. Wenn der Betrieb wieder eröffnet wird, ist einwoelfen noch völlig ungewiß.

Gegen die Provokationen des Klassenfeindes

Dresden. Wir haben in dem gestrigen Heft über die militärische Bekämpfung unserer Genossen Pötker eine Reihe von Methoden aufgezählt, die die herrschende Klasse im Kampfe gegen die Partei anwendet. Wir werden heute eine Methode näher beleuchten, die im Zusammenhang mit der Polizeitaktik gegen die Arbeiterbewegung steht und die von polizeilicher Seite gegen die Partei angewandt wurde. Es handelt sich um den gefälschten Brief an den Stadtvorstandsvorsteher, der folgenden Inhalt hat:

Dresden, den 30. November 1931.

Sehr geehrter Herr Stadtvorstandsvorsteher!

Hiermit gebe ich Ihnen bekannt, daß ich mit dem heutigen Tage aus der

APD

ausstehe, da ich nicht mehr gewillt bin, derartige Räubermethoden mitzumachen und lege

hiermit mein Mandat zur Stadtvorstandsvorstandsvorversammlung nieder.

Respektvoll

gez. Reimann.

Als eine einzige gegnerische Zeitung nahm die „ZJZ.“ von diesem Brief und dieser „Mandatsüberlegung“ Notiz, währenddem die „Volksmacht“ und die anderen bürgerlichen Zeitungen ausklammerten.

Es bestand für die Partei von vornherein kein Zweifel, daß es sich um eine Fälschung handelt mit dem Ziel, Verwirrung in der Partei und revolutionären Arbeiterklasse anzurichten. Der Genosse Reimann gab aus dem Gefängnis seine Meinung über diese Fälschung und kennzeichnete die seitens der „ZJZ.“ an die Dresdener Konferenz geknüpften Verleumdungsbelege gegen die Partei. Wir bringen im Auszug einige Sätze aus diesem Brief des Genossen Reimann vom 12. Dezember 1931:

„Liebe Genossen! Von meiner Frau wird mir eine Zeitungswitz der Ostsee-Presse übermittelt, wonach ich mein Stadtvorstandsmandat niedergelagt hätte, da ich die „Räubermethoden der APD.“ nicht mehr mitmachen kann. Genossen, Ihr werdet selbst über diese Notiz gelacht haben trotz ihrer ersten Bedeutung. Ich habe sofort an den Stadtvorstandsvorsteher geschrieben und ihm mitgeteilt, falls ein solches Schreiben eingegangen sei, daß dasselbe eine plumpe Fälschung und ein Manöver irgendwelcher polizeilicher Bankrottäre sei.“

Ich bin der Auffassung, daß die Ostsee ihre Mitglieder nur noch durch Lügen und Verleumdung zusammenhalten können und daß der gesunde Teil ihrer Anhänger immer mehr erkennt, daß

nur die SPD. in der Lage ist, die wahre Einheitsfront aller Werktätigen herzustellen, ihr Ziel, Richtung und Inhalt geben kann.“

Wir kommen auf diese Briefsälschung erst heute zurück, da diese Frage im Zusammenhang steht mit der ganzen Reihe von Provokationen des Klassenfeindes, die Gegenstand einer eingehenden Untersuchung waren. In der Anwendung derartiger Methoden liegt sich der Klassenfeind auch auf schwanke und zerlegende Elemente innerhalb der Partei. Nur in einer Atmosphäre parteifeindlicher, kampfliebener Stimmungen, nur getrübt auf schwanke und zerlegende Elemente können die Agenten der Bourgeoisie, die Provokateure und Spione ihr Handwerk in der Partei betreiben. Die Partei muß sich zu solchen Taten gegen solche Methoden des Klassenfeindes, indem sie ihre Reihen um die Parteiführung noch härter zusammenreißt, noch stärker aktiviert und diszipliniert, eine Säuberungsaktion durchführt und sich von allen unsonderlichen und zerlegenden Elementen reinigt. Nur dadurch kann die Autorität der Partei, als die einzige Führung der Arbeiterklasse, gestärkt werden, indem sie verfährt, in bolschewistischer Weise die Kampfmethoden des Klassenfeindes abzuwehren. Die Angelegenheit mit dem gefälschten Brief ist ein Musterbeispiel dafür, wie der Gegner Schwankungen und Stimmungen gegen die Partei und ihre Führung auszunutzen versucht.

Der Gegner hat sich in der Durchführung seines Verwirrungsmanövers mit dem gefälschten Brief den Genossen Reimann ausgenutzt, der untreuhilflich auf Grund seiner Schwankungen und Differenzen mit der Parteiführung zum Objekt des Klassengegners wurde.

Der Provokateur, der sich in der Fälschung des Briefes eines Stempels des Genossen Reimann bediente, machte sich das Vertrauen und die Stellung des Genossen Reimann zum Kampfe gegen die Partei zunutze.

Es ist nicht das erste Mal, daß der Klassengegner im Kampfe gegen die Partei und die revolutionäre Arbeiterbewegung solche Methoden anwendet, die eben nur möglich sind unter solchen Voraussetzungen, wie wir sie gekennzeichnet haben.

Es ist nicht das erste Mal, daß sich der Klassengegner an oppositionelle Elemente und Gruppierungen anhängt und diese für sich ausnützt.

Das Vorhandensein des geringsten Spaltens in der Partei, einzelne Schwankungen und Gruppierungen werden vom Klassengegner ausgenutzt, um in die Partei einzudringen mit dem Vorhaben, diese zu zerlegen und zu beherrschen.

Die sofortige Fraktionierung solcher Gruppierungen ist die Pflicht der Partei und ihrer Führung, die mit aller Konsequenz durchzuführen werden muß.

Unter den Fahnen der Komintern vorwärts zum Internationalen Frauentag 1932!

„Wir sagen, daß die Befreiung der Proletarier nur das Werk der Proletarier selbst sein kann, und desgleichen kann auch die Befreiung der werktätigen Frauen nur das Werk der werktätigen Frauen selbst sein.“

(Aus einer Rede Lenins auf einer Konferenz der Moskauer Arbeiterinnen.)

In diesem Sinne begehrt die Arbeiterklasse, brachen alle ausgebeuteten und unterdrückten Proletarierinnen unter Führung der kommunistischen Internationale gemeinsam mit den besten weiblichen Arbeiterinnen und Bäuerinnen alljährlich den Internationalen Frauentag, den Kampftag und revolutionären Aufruf der Ausgebeuteten und Unterdrückten aller kapitalistischen Länder gegen die kapitalistische Ausbeutergesellschaft für die Befreiung der Arbeiterklasse aus dem Joch des Kapitalismus.

Der Beschluß zur Durchführung des Internationalen Frauentages wurde auf Antrag der Genossin Klara Zetkin auf der Sozialistischen Frauenkonferenz in Kopenhagen im Jahre 1910 gefaßt. Zu jener Zeit stand im Vordergrund der Kampf um die politische Gleichberechtigung der Frau, für das Frauenwahlrecht. Dieser Kampf um das Wahlrecht wurde jedoch unter Führung der Sozialdemokratie zum Selbstzweck. Er wurde als Kampf um das „volle Bürgerrecht des Weibes“ bezeichnet. Dadurch wurde der Frauentag in Deutschland mehr und mehr zu einer Kleinbürgerlichen Frauenwahlrechtsdemonstration ohne erkennbaren Klassenkampfcharakter.

Anders in Rußland. Dort war es 1913 eine Gruppe von Legalarbeiterinnen, die die Initiative zur Organisation des Frauentages ergriffen. Trotz schärfsten Polizeiterrors und ständiger Verhörungen von Arbeiterinnen wurde der Frauentag erfolgreich durchgeführt.

Das Jahr 1914 befestigte den Verrat der Sozialdemokratie auch an den Interessen der Arbeiterinnen und werktätigen Frauen. Es war das letzte Jahr in dem die Sozialdemokratie nochmals zur internationalen Solidarität von dieser Zeit an war für die Sozialdemokratie der Internationale Frauentag als Kampftag der internationalen Arbeiterklasse gegen das kapitalistische System endgültig von der Tagesordnung abgestrichen. Der Zusammenbruch der II. Internationale mußte unvermeidlich auch das Bestehen der internationalen Frauenbewegung mit sich bringen.

Die russischen Arbeiterinnen waren die ersten, die am 8. März 1917 das von der Sozialdemokratie in den Schmutz getretene rote Banner des Kampfes und der Freiheit erhoben und unter der Hauptfloskel: „Frieden, Freiheit und Brot“ zu vieler Lehnenden in den Straßen Petersburger Isthmuses Leninplatz demonstrierten. Bewaffnete Zusammenstöße mit der Polizei wurden der Auftakt zur Revolution des roten siegreichen Oktobers. Der 8. März 1917 erhielt weltgeschichtliche Bedeutung.

Im März 1920 begingen die Proletarierinnen der ganzen Welt zum ersten Male wieder den Internationalen Frauentag unter einheitlichen Losungen und einer klaren revolutionären Führung.

Die 1919 gegründete kommunistische Internationale lagte gefaßt auf die guten revolutionären Traditionen des Internationalen Frauentages, den Beschluß, alljährlich am 8. März den Internationalen Frauentag durchzuführen.

Von diesem Zeitpunkt an, gewann der Internationaler Frauentag an politischer Bedeutung. Er wurde zum Aufmarschtag der Proletarierinnen und werktätigen Frauen an der Seite der männlichen Klassengenossen für den gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus.

Die kommunistische Internationale ist die alleinige Erbin der revolutionären Beschlässe zur Durchführung des Internationalen Frauentages der ersten sozialistischen Frauenkonferenz in

Kopenhagen. Die Sozialdemokratie hat heute kein Anrecht auf die Durchführung dieses Kampftages. Sie hat radikal gebrochen mit jenem Gedanken der internationalen Solidarität im unerbittlichen Kampfe gegen das Kapital. Sie hat die Forderungen der werktätigen Frauen mit Füßen getreten, das rote Banner der Revolution beschmutzt, sie ist in Deutschland zur sozialen Hauptstütze der Diktatur der Bourgeoisie geworden.

Eine Kette des Verrates zeichnet den Weg der Sozialdemokratie bei den Kämpfen und Streiks der Arbeiter und Arbeiterinnen und es die Sozialdemokratie und die reformistischen Gewerkschaftsbürokraten, die mit allen Mitteln den Kampf zu verhindern suchten und offen den Streikbruch organisierten. Sie haben sich damit auf die Seite des Klassenfeindes gestellt und sich selbst gemacht an der heute unendlichen Not und gesteigerten politischen und wirtschaftlichen Ausbeutung und Verflämung der Arbeiterinnen und werktätigen Frauen. Die Sozialdemokratie hat den revolutionären Marxismus, die Lehre vom unvermeidlichen Klassenkampf preisgegeben und damit die Voraussetzung zur Befreiung der Arbeiterklasse und der werktätigen Frauen.

Die sozialdemokratischen Arbeiterinnen und Arbeiterfrauen wurden jahrelang irreführt und bewußt vom Klassenkampf ferngehalten. Heute erkennen viele der sozialdemokratischen Klassengegnerinnen, daß sie von der Sozialdemokratie betrogen wurden und daß der Kampf für den Sozialismus nur geführt werden kann im unvermeidlichen Klassenkampf gegen die Bourgeoisie und alle Feinde der Arbeiterklasse.

Der Internationale Frauentag 1932 wird wie niemals zuvor im Zeichen der Organisation und Herstellung der roten kämpfenden Einheitsfront mit den Arbeiterinnen der SPD und der reformistischen Gewerkschaften stehen als der notwendigen Voraussetzung zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse zum Kampfe gegen die tschischische Diktatur.

Auf einem Sechstel der Erdoberfläche weht das siegreiche Sowjetbanner der befreiten Arbeit. Dort gibt es keine Arbeitslosigkeit, keine Kräfte, keinen Hunger. Dort ist die Frau befreit und gleichberechtigt. In der kapitalistischen Welt wächst das Chaos, der Hunger, Not und Elend. Die gigantischen Erfolge der sozialistischen Planwirtschaft erdrücken mächtig, unaufhaltsam und sieghaft die Lügenkampagne der Konterrevolution. In der Sowjetunion steht der Internationale Frauentag im Zeichen der Durchführung des letzten Jahres des Fünfjahresplans, der damit in vier Jahren zu Ende geführt wird. Je rascher der sozialistische Aufbau vorwärtsschreitet, desto schärfer werden die Gegensätze zwischen der sozialistischen und kapitalistischen Welt und desto größer die Gefahr eines imperialistischen Krieges gegen die Sowjetunion.

Der Internationale Frauentag wird in diesem Jahr im Zeichen des revolutionären Aufschwungs der Arbeiterklasse in allen kapitalistischen Ländern, der mächtigen revolutionären Erhebungen der doppelt verflämten Kolonialvölker gegen das bankrotte kapitalistische System, gegen die imperialistischen Kriegstreiber, für die Verteidigung der Sowjetunion stehen.

In Deutschland windet sich der Kapitalismus in einer tiefgehenden Krise. 6 Millionen Erwerbslose, wachsende Not und gesteigerte Ausbeutung kennzeichnen die Lage. Durch Notverordnungen werden die Löhne immer tiefer gelenkt. Die letzten Streiks gegen den Lohnabbau, die Protestbewegungen in den Betrieben, leiten ein die künftigen großen Auseinandersetzungen zwischen Arbeit und Kapital. Unter der Fahne der kommunistischen Partei gilt es, die rote kämpfende Einheit fester, machtvoller zu schmieden, die Arbeiterinnen in den Betrieben, die Gewerkschaftskolleginnen und SPD-Arbeiterinnen zusammenzuschweißen gegen die

Durchführung der tschischischen Diktatur, gegen jeden Mensch Lohnabbau, für die Zurückberührung des alten Lohnes, für gleichen Lohn bei gleicher Arbeit, für ausreichenden Arbeiterinnenlohn, gegen den mörderischen Abtreibungsparagraphen 218. Das Schutzprogramm für die werktätige Frau muß zum Gemeingut Millionen deutscher Arbeiterinnen und werktätiger Frauen werden.

In den Betrieben gilt es, zur Vorbereitung und Durchführung des Internationalen Frauentages, „Internationale Frauentagskomitees“ in den Belegschaftsversammlungen zu wählen, die sich aus Vertreterinnen der Arbeiter und Arbeiterinnen und der proletarischen Massenorganisationen, der reformistischen und christlichen Gewerkschaften zusammensetzen und mitwirken bei der Massenmobilisierung und Organisation machtvoller Kundgebungen in den verschiedensten Formen zum Internationalen Frauentag.

Der Internationale Frauentag am 8. März 1932 muß zu einem Kampftag der gesamten Arbeiterklasse gestaltet werden. Unter der Fahne der kommunistischen Internationale gilt es, die Millionen Proletarierinnen, die ausgebeuteten und entrechteten Frauen der Proletarier zu sammeln, sie einzugliedern in die große rote Klassenfront der Arbeiterklasse zur Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung, für ein freies sozialistisches Deutschland!

Einheitsfrontmanöver der SPD. und APD. entlarvt!

(Schluß.)

Zu erwähnen sei noch, daß die SPD. und APD.-Leitung einen großen Teil der erschienenen APO-Funktionäre nicht zur Konferenz zugelassen hat.

Am Sonntag findet erneut eine „Kampfkongress“ der SPD. und APD. statt. Die Betriebsarbeiter müssen in Belegschaftsversammlungen gegen die Einheitsfrontmanöver dieser Leute scharf Stellung nehmen, müssen beschließen, daß ihre Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre zu der gleichfalls am Sonntag, dem 17. Januar, stattfindenden

Betriebsbelegierten-Konferenz

der revolutionären Gewerkschaftsopposition hingehen. Diese Konferenz ist ein Mittel zur Massenmobilisierung gegen Lohnabbau und Faschismus; diese Konferenz muß uns einen großen Schritt in der Schaffung der kämpfenden Einheitsfront vorwärts bringen.

Wir bringen nachstehend einen Auszug aus der Entschlieung, die von den roten Betriebsräten eingebracht worden ist:

Entschlieung

„Die politische Anbelung und der verschärfte Lohnraub ist nur möglich, weil die Führung der SPD. und des APO, offen für die Durchführung des Hungerstreikes eintritt, offen die Brüning-Regierung als die Regierung des Finanzkapitals unterstützt. Sie trägt die Hauptschuld und Hauptverantwortung für die Not und das Elend der Arbeiterklasse, für die Weiterentwicklung der tschischischen Diktatur durch die Brüning-Regierung.“

Gegen den Willen der Arbeitermassen die revolutionäre Einheitsfront herzustellen, den Lohnraub mit dem Streik zu beantworten, versucht die SPD. durch radikale Worte den Anschluß der rebellierenden Arbeitermassen an die rote Klassenfront aufzuhalten.

Die SPD., die die Gewerkschaftsbürokratie vor den Arbeitern verteidigt, gegen die selbständige Kampfführung der Arbeiterklasse auftritt und gegen die APO, hegt, ist ein Helfer der Gewerkschaftsbürokratie und der SPD.-Führer. Mit dem Appell an den APO, einen Betriebsrätekongress einzuberufen, will sie die Arbeiter beschwichtigen und abhalten, die wichtigste entscheidendste Aufgabe, die selbständige Organisation des Streiks, zu stellen und durchzuführen.

Entgegen der Einheitsfrontmanöver der SPD. zur Tarnung der Arbeiter und zur Verhinderung der revolutionären Einheitsfront führt einzig und allein die SPD. und die APO, den entschiedenen Kampf gegen die Brüning-Regierung und ihre Stützen im Lager der Arbeiterklasse.

Die wirkliche revolutionäre Einheitsfront der Arbeiterklasse kann nur entstehen im schärfsten Kampf gegen Lohnraub, Faschismus und somit im schärfsten Kampf gegen die freibühlerische Bürokratie auf der Grundlage der

selbständigen Streikführung der Arbeiterklasse.

Die anwesenden Betriebsräte und Gewerkschaftsfunktionäre begehren den Schritt des Initiativkomitees zur Schaffung einer einheitlichen Betriebsrätebewegung zur Durchführung einer Reichsbetriebsrätekonferenz am 30. und 31. Januar in Berlin.

Die anwesenden Betriebsräte verpflichten sich, ihre Betriebe zu mobilisieren für die Durchführung von Belegschaftsversammlungen für alle Betriebskollegen, für die Wahl von vorbereitenden Kampfausschüssen durch die Belegschaften für folgende Forderungen:

Für die Beibehaltung der von der APO. am 17. Januar, vormittags 10 Uhr in den „Astoria-Sälen“, Sonnenstraße, stattfindenden Betriebsräte- und Betriebsbelegierten-Konferenz der Breslauer Betriebe, zur Wahl von Betriebsräten zu der Reichsbetriebsrätekonferenz, für die Durchführung der Betriebsrätewahl trotz Notverordnung.

Gegen jeden Mennig Lohnraub und für die Erhöhung der Löhne!

Für den Siebenstundentag, die Biergigstundewoche mit vollem Lohnausgleich!

Für die uneingeschränkte Koalitionsfreiheit!

Keine Entlassungen — Wiedereinstellung der früher im Betrieb Beschäftigten!

Schutz der revolutionären Betriebsräte vor Entlassung oder Verfehlung!

Gegen den Abbau bzw. Beseitigung der Sozialpolitik und für den Ausbau des Arbeiterlohnes!

Gegen das Zwangsbeschäftigungswesen!

Gegen alle die Ausbeutung verschärfenden kapitalistischen Nationalisierungsmaßnahmen!

Gegen jede Form der Arbeitsgemeinschaft mit dem Klassenfeind!

Für die revolutionäre Einheitsfront!

Für Durchführung der Betriebsrätewahlen durch Aufstellen von roten Einheitslisten auf der Grundlage betrieblicher Kampfprogramme durch die gesamte Belegschaft!

Gegen Notverordnungen, gegen die Brüning-Regierung! Gegen die Tolerierungs- und Streikbruchpolitik der SPD. und APO.-Führung!

Für die kämpfende Einheitsfront unter Führung der APO.

„Die Stunde der Repressalien schlägt“

Frankreich zieht Reichsbankkredit zurück — Brüningregierung auf dem Wege der Unterwerfung

Die französische Regierung hat die Erklärung Brünings zur Reparationsfrage mit der offenen Ankündigung von Repressalien beantwortet. Daraufhin zieht sich die Brüningregierung veranlaßt, schon jetzt den Rückzug anzutreten. Die Telegraphen-Union verbreitet eine Mitteilung „von zuständiger Stelle“, in der es heißt, daß es sich bei dem Interview des Reichskanzlers über die Tribute, nicht um eine Aufkündigung der Verträge im Sinne der Forderung des Youngplans handelt, sondern um eine Neuherung (wie sie ja auch der französische Ministerpräsident Sabat gemacht hat), welche Stellung die deutsche Reichsregierung auf der Lausanner Tagung zu der Frage der Tribute einzunehmen gedenke.

Inzwischen haben sich die erbitterten Gegensätze in der Kredit- und Tributfrage weiter zuspitzt. Auf der Baseler Sitzung der B.Z. (Bank für internationalen Zahlungsausgleich), die sich mit der Frage der Verlängerung des am 4. Februar ablaufenden 100-Millionen-Dollar-Kredits der Reichsbank befaßte, erklärte der Gouverneur der Bank von Frankreich, Moret, daß Frankreich auf keinen Fall einer Verlängerung dieses Kredits über den 4. März, d. h. über einen Monat nach dem Fälligkeitstermin hinaus zustimmen werde.

Der Verwaltungsrat der B.Z. hatte bekanntlich beschlossen, diesen Kredit nur unter der Bedingung zu verlängern, daß die Notenbanken von England, Frankreich und Amerika, die mit je 25 Millionen Dollar an dem Kredit beteiligt sind, ebenfalls einer Verlängerung zustimmen. Dieser Beschluß wird durch die Erklärung Morets hinfällig, und damit werden wenigstens 50 Millionen Dollar, d. h. der französische Anteil und der Anteil der B.Z. fällig. Einige englische Blätter kündigen im Falle der faktischen Zurückziehung dieses Kredits einen völligen Zusammenbruch der deutschen Finanzen und der Markwährung an.

Gleichzeitig kommt aus Paris die Meldung, daß die englisch-französischen Verhandlungen über die Reparationsfrage zusammengebrochen sind. Der englische Delegierte Sir Leith-Ross ist bereits nach London abgereist. Eine Einigung kam nicht zustande, da England im Interesse seiner Privatkredite ein längeres Moratorium vorschlägt, während Frankreich hartnäckig darauf besteht, daß der ungeschlichtete Teil der Reparationen unter allen Umständen gezahlt wird und ein etwaiges Moratorium für den übrigen Teil möglichst kurz beschränkt sei.



Die durch die Brüningserklärung wachgerufene chauvinistische Presselampe in Frankreich nimmt immer schärfere Formen an. Die Zeitung „Liberté“ jubelt auf die Nachrichten aus Basel hin: „Die Stunde der Repressalien hat geschlagen“. Die ganze französische Bourgeoispresse ohne Ausnahme stößt in daselbe Horn.

Der Vorsitzende der „Kabilalen“ Partei und ehemalige

3000 Arbeiter in Paris verhaftet

Paris, 13. Januar. Bei der am Nachmittag des 12. Januar erfolgten Eröffnung der Pariser Kammer fanden vor dem Palais Bourbon (französisches Parlament) große Arbeitslosendemonstrationen statt. Die Demonstration stand unter kommunistischer Führung. Die Polizei hatte große Vorbereitungen getroffen und alle Zugänge zum Palais Bourbon abgesperrt. Auf verschiedenen Straßen kam es zu Zusammenstößen zwischen Polizei und Demonstranten. Die Polizeiaktion wurde vom Polizeipräsidenten Chiappes geleitet, in dessen Begleitung sich der Berliner Polizeipräsident Orjesinski befand. Insgesamt wurden im Laufe des Nachmittags 3000 Arbeiter verhaftet.

Ministerpräsident Herriot, ein „Faschist“ nach dem Herzen des „Vorwärts“, erklärte in einem Interview: „Ich kann nicht zulassen, daß die Deutschen, nachdem sie den Versailler Vertrag, den Dawes- und den Youngplan unterzeichnet und formal Verpflichtungen übernommen haben, diese zu umgehen suchen. Unerwünschte Achtung vor den Verträgen, das ist meine Parole. Ich kann nicht zulassen, daß Deutschland sich dauernd seiner Verpflichtungen entzieht. Wir befinden uns Leuten gegenüber, die zahlen können und hätten zahlen können, die aber nicht zahlen wollen.“

Entwaffnung der Arbeiter im „roten“ Wien

Eine faschistische Aktion mit Hilfe der sozialdemokratischen Parteiführung

Wien, 13. Januar. Die Wiener Polizei drang in der Nacht zum 12. Januar in das sozialdemokratische Arbeiterheim Ottakring (größter Wiener Arbeiterbezirk) ein und führte dort eine Revision durch, wobei ihr, nach amtlicher Meldung, mehr als 1000 Gewehre, Bestandteile von zehn Maschinengewehren und eine große Anzahl anderer Waffen in die Hände fiel. Die Polizeiaktion erregte im Bezirk und in ganz Wien unerhörtes Aufsehen. Vor dem Total sammelten sich während der Polizeiaktion tausende Arbeiter an, die gegen die Polizei demonstrierten. Um die erregten Arbeitermassen zu beruhigen, erließ die sozialdemokratische Partei am Morgen des folgenden Tages einen Aufruf, in dem sie die Arbeiterchaft zur „Ruhe und Besonnenheit“ mahnt.

Erst vor kurzem fand in Graz der Prozeß gegen die Heimwehrlente statt, die am 13. September vorigen Jahres den Putz durchgeführt hatten. Alle wurden freigesprochen. Nach wie vor demonstrieren die Heimwehrlente mit der Waffe in der Hand, wobei sie die tatkräftigste Unterstützung der Gendarmerie und aller anderen Behörden genießen. Die Aktion gegen die Arbeiterchaft ist eine Folge der Entwaffnung.

Urteil im Bresser Prozeß

Wien, 12. Januar. 50 Tage hat in Brest der Prozeß gegen die sechs Sozialdemokraten und fünf Bauernparteilern gedauert, die den Scheinlampi gegen Pilsudski geführt haben. Heute wurde das Urteil gegen die folgenden sechs Sozialdemokraten und vier Bauernparteilern gefällt: Liebermann 2 1/2 Jahre, Barlidi 2 1/2 Jahre, Pragler 3 Jahre, Dubois 3 Jahre, Gloskof 3 Jahre, Mastel 2 1/2 Jahre, Witos 1 1/2 Jahre, Kiernit 2 1/2 Jahre, Faginiski 2 Jahre, Pulek 2 Jahre Kerker.

Der erste Angeklagte, der Bauernparteilere Sawicki, wurde freigesprochen.

Wie wenig es diesen Leuten um den wirklichen Kampf gegen Pilsudski zu tun war, geht noch daraus hervor, daß sie alle in ihrem Schlusswort betont haben, daß sie den Kampf gegen das herrschende System nur mit legalen Mitteln führen wollten.

Charbin umzingelt

Mukden, 13. Januar. Charbin ist von den im Süden und Norden anrückenden japanischen Truppen bereits umzingelt.

Die Weißgardisten in Charbin haben die Forderung gestellt, daß neben der chinesischen Polizei eine Polizeitruppe aus russischen Weißgardisten gebildet wird.

Der japanische Kriegsminister hat Pressevertretern gegenüber erklärt, daß seine Einstellung der Kriegsoperationen in China nicht in Frage komme. In der Mandschurei sollen ständige japanische Garnisonen gebildet werden.

Die japanische Admiralität beabsichtigt, Fort Arthur wieder als Flottenstützpunkt gegen etwaige Angriffe Amerikas oder Englands einzurichten. Ein besonderer Ausschuß ist nach Fort Arthur entsandt worden, um die Lage zu studieren und Pläne zu entwerfen.

Bei Kintschau kam es zu Kämpfen zwischen versprengten chinesischen und japanischen Truppen.

Demonstrationen in Bombay

Bombay, 12. Januar. Mehrere tausend Arbeiter demonstrieren heute in Bombay gegen die strengen Regierungsmassnahmen. Im Laufe des Tages kam es zu zahlreichen Zusammenstößen mit der Polizei, wobei zwei Polizisten verletzt wurden.

Aktion, die seinerzeit schon die Regierung im Einvernehmen mit der sozialdemokratischen Parteileitung durchgeführt hatte. Bis zum Mai 1927 besaßen sich im Besitz der österreichischen Arbeiterchaft große Waffennengen. Am 17. Mai 1927 wurden diese Waffennengen, einer Vereinbarung zwischen der sozialdemokratischen Parteiführung und dem Kriegsminister Baugoin gemäß, an die Regierung ausgeliefert. Man geht nicht fehl, wenn man annimmt, daß auch diese Waffenbeschlagnahme nicht gegen den Willen der sozialdemokratischen Parteiführer erfolgt ist. Denn die Sozialdemokraten fürchten nichts so sehr als Waffen in der Hand der Arbeiter.

Im Laufe der letzten Zeit hat die Regierung Buresch, die jetzt die Entwaffnungsdaktion durchführt, eine große Reihe von Gesetzen mit Zustimmung der Sozialdemokratie durchgeführt. Der „linke“ Ultramarkismus betreibt in anderer Form und unter anderen Bedingungen die gleiche „Tolerierungspolitik“ wie die S.P.D.

In Ahmedabad wurde eine Massenversammlung von der britischen Polizei mit Stöcken zertrümmert. 50 Personen wurden verletzt und 30 Frauen festgenommen.

Der Streit im Condoner Hafen

London, 13. Januar. Infolge des Streiks der Schauerleute wird der Condoner Hafen mehr und mehr stillgelegt. Die Arbeit ruht vollkommen in den Surrey Docks, der Cannonwerft und der Colonialwerft. Die Hafenarbeiter, die die Frachtschiffe in den East-India-Docks löschen, traten gestern gegen einen Lohnabbau von 10 Pence und für eine besondere Zulage von 5 Schilling bei Lösung von Früchten in den Streik. Die in den Kühlhäusern der Condoner Fleischmarkthallen beschäftigten Arbeiter, die ebenfalls durch die Forderung der Unternehmer der Hafenbetriebe in Mitleidenschaft gezogen wurden, legten gestern die Arbeit nieder. Der „Rat“ der Gewerkschaftsbürokratie in den Verhandlungen, die Arbeit wieder aufzunehmen, wurde von den Arbeitern mit Verachtung abgelehnt.

Arbeitslosenkämpfe in Holland

Amsterdam, 13. Januar. In mehreren holländischen Ortschaften haben sich Arbeitslosenkämpfe ereignet, insbesondere in Groningen. Eine größere Anzahl Personen wurde bei Zusammenstößen mit der Polizei verletzt.

Der spanische Arbeitsminister schätzt die Zahl der Arbeitslosen in Spanien auf 500 000.



(Copyright by Agis-Verlag, Berlin-Wien.)

30. Fortsetzung.

„Ja. Und es sind keine Dreher auf dem Nachweis. Sie können die dritte Schicht nicht zusammenbringen.“

„Laßt ihnen doch den Dred liegen. Sollen erst was zu steffen ranschaffen, ehe sie noch Ueberstunden verlangen!“

Albert verlor sich prüfend, wie Margot die Kartoffeln in die Pfanne schnitt. Ob sie nicht ahnte, daß er das alles doch auch für sie tat? Es tat, um endlich wieder auf einen „grünen Zweig“ zu kommen?

„Arbeitest du denn nun jeden Tag länger?“ fragte Margot weiter.

„Vorderhand ja.“ Alberts Antwort klang bestimmt und gereizt. Margot musterte ihn mit einem flüchtigen Blick. Ob er nicht wußte, daß das sinnlos ist?

„Komisch, das alles“, fuhr Albert fort. „Da rennt man sich die Hacken ab nach Arbeit, sorgt und macht, um wieder auf die Beine zu kommen, und alles ist nicht recht, nur, weil man einmal nicht vinklich zum Essen da ist.“ Er warf die Zeitung müde auf den Tisch. „Brauchst gar keine Kartoffeln mehr braten. Ich bin schon satt!“ Er stand auf und ging in die Stube.

Margot folgte ihm. Albert sah da, als erdulde er qualende Schmerzen. Die gelbe Farbe seines Gesichts leuchtete unheimlich durch die schwarzen Bartstoppeln in die Dämmerung. Seine Hände lagen schlaff und schwer auf seinen Knien.

Margot näherte sich ihm: „Warum regst du dich denn so auf? Darf man denn gar nicht mehr fragen?“

Albert sah an ihr hoch. „Nun ja, ein solcher Empfang, wenn man abgeradert nach Hause kommt“, flüsterte er. — „Hat Herbert wieder Dumheiten gemacht, oder hast du dich über das Mädel geärgert?“

Margot begann zögernd von ihren zerstückelten Hoffnungen zu berichten. „Unsereins darf aber nicht den Mund aufmachen“, protestierte sie, „sonst ist gleich der Teufel los.“

Hilde ging fort. Herbert setzte sich in die Stube und machte seine Schularbeiten. Albert und Margot gingen wieder in die Küche. Albert aß schweigend. Margot hatte recht.

Ihre unter unsäglichen Mühen zusammengestoppelten Kartoffeln waren nur Futter für Arbeitstiere, von denen die Herren den Nutzen hatten.



„Kollegen! Jetzt erfüllt sich die Tragik einer halben Revolution. Jetzt spüren wir es am eigenen Leibe.“

Wir werden gehetzt von Affordpreisen, die während der Arbeit in nichts zerflattern. Bis wir unsern Lohn in die Hände bekommen, ist er nur noch ein Trinkgeld. Unsere Kinder sterben hin wie die Fliegen, unsere Frauen magern zu Skeletten ab, nur, damit wir nicht an der Maschine umfallen. Wenn wir diese Zustände länger dulden, begehen wir ein Verbrechen. Für die Turbinen, die wir für das Ausland bauen, stecken die Herren die Dollars ein, und wir schuften Tag und Nacht für einen Kaffendred. Worauf warten wir denn noch? Bis uns die gottverfluchten Hunde vollständig niedergetrampelt haben? Bis wir die Nase nicht mehr aus dem Dred hochheben können? Worauf warten wir eigentlich noch? —

Der Redner steht mitten in der Versammlung, mit geballten Fäusten. Die Haare hängen ihm wie im Gesicht. Sein „Sträflingsanzug“ — der vollständige Name für die minderwertigen Zivil-Entlassungsanzüge gemeiner Frontsoldaten — hängt ihm wie ein Sack am Leibe.

„Streik! — Generalstreik!“

„Sehr richtig. Nieder mit den Volksausplünderern!“

Ein erbitterter Kampf um die Tagesordnung war entbrannt. Auch Albert war davon gepackt. Ja, so ist es. Der hat recht! Das mit den Frauen und Kindern, das ist wahr. Diese Hunde!

Aber Streik? Was heißt der Streik? Der Ausgang ist immer ungewiß. Wieder herausfliegen, die Arbeit an der Turbinenbank verlieren. Wieder herumhocken, von einer Fabrik zur andern. Wieder an ... oder Wollwäulen schnitten, für noch weniger Geld!

Nun griff der Betriebsrat wieder ein:

„Ich muß gegen die Ausführungen des Kollegen Wader protestieren, und zwar in aller Form!“

„Hört, hört! — Hast wohl Angst um deinen Posten?“

„Laßt Betriebsrätegesch dürfen hier nur Betriebsangelegenheiten erörtert werden. Der Referent, Kollege Schumann, ist nun erschienen.“

„Denkt, der wird uns schon einschleifen!“

Schumann sah sich einige Male prüfend um, als er durch den Saal ging. Dann legte er seine Aktentasche auf den Tisch und verständigte sich mit dem Betriebsrat.

„Der Kollege Schumann hat das Wort.“

Dieser entschuldigte sich wegen der Verspätung. Er tat dies in geklebten, gewählten Worten. Er sah aus, als sei er müde. Und nach seinen Ausführungen war das kein Wunder.

Von einer Sitzung zur andern, den ganzen Tag, die ganze Woche sich herumschlagen mit hartgejotteten und gerissenen Direktoren; das ist nicht so einfach. „Das ist schwerer, Kollegen, als sich hier hinzustellen und mit dem Generalstreik um sich zu werfen — mit dem Maulwerk. Wenn das alles so einfach wäre, Kollege Wader, dann brauchtest wir Dich bestimmt nicht dazu!“

Schumanns Müdigkeit schien mit einem Schlage verschwunden. Er war wie umgewandelt. Über der Verluft der Verblüffung gelang nur zum Teil.

„Deine Koktäuschernisse kennen wir, Du Fackel!“ Ichrie einer aus der Versammlung, just, als der Krach Raum ließ, diesen Zwischenruf wirksam dazwischen zu pfeffern. Es ist ein seltsam Ding, so ein Zwischenruf. Das mit dem „Koktäuschernisse“ überzeugte, und das mit dem „Fackel“ auch. Die Proleten tannten Wader. Der stand für seine Worte, hat nie kein Leben geliebt und seine Finger waren rein. Und als Wader nun auf einen Stuhl Letzerte, wurde es auffallend still.

Er war blaß, aber gefaßt. Und er sagte nur einen Satz in die Stille hinein, und sah Schumann starr dabei an:

„Schumann!“ sagte er, „wenn Du Deine Jesuitenkniffe nicht läßt, komm ich 'rauf und hau' Dir in die Fresse. Merk Dir das!“

Schumann lächelte, aber er nahm diese Aufkündigung offenbar verdammend ernst. Er protestierte nicht einmal, sondern überließ das dem Versammlungsleiter, der dies mit wenig Erfolg tat. „Reg' Dir doch nich uff!“ riefen einige. — „Der kann ja keine schnoddrigen Redensarten unterlassen!“ — Der Affe!

(Fortsetzung folgt)

Liegnitz

Trinkt das gute Braukommune-Bier Braukommune zu Liegnitz

Verlangt die guten Piastenbiere der Liegnitzer Aktienbrauerei A.G.

P. Krawinkel, Burgstraße 50, Schuhreparatur, Groß elektr. Betrieb

Rettfedern- Paul Jähner, Spezialgeschäft, Petristraße 5

haut nur Stelle n. Futtersocken Herren- und Knabenbekleidung bei J. Cohn, Ring 23-24

Gasthof Alt-Beckern, Bäckerei und Konditorei Borek

Kaufhaus seit 1879 gut und billig Gutfeld

Reserviert

Fritz Weise, ff. Fleisch- und Würstwaren, Marienstraße 5

Richard Walther, Gerichtstr. 2, ff. Fleisch- u. Würstwaren

Rest. Vergißmeinnicht, Breslauer Straße 30, Treff der Werkstätten

Schuhhaus Remane, Garthausstr. 7, am Bahnhof

Deutsches Haus, Arthur Hadwiger, Mittelstraße, Die billigste Bierquelle

FESTSALE »Wintergarten«, jeden Sonntag großer Ball

Wang Sittler, Ring Nr. 9/10, ist billig!

Hackenbergs, Trinkt mehr Milch, Ermanweg 31

Fruchtdoctor Edelobstweine

Reformhaus Härtel, Fahrwegstraße - Pappelstraße, Naturfrucht, gesunde Lebensmittel

Herren- u. Knaben-Konfektion, Schuhwaren, Gustav Scholz, Klosterplatz 4-5

Ernst Reinhold, Stockstraße 19, Bekleidung und Möbel

Fischhalle, Bratküche und Speiseraum, Gnadenbergstraße Nr. 52

Sortimentshaus, Theophil Rosenthal, Markt

Leinenhaus, Heinrich Hammerla, Markt, Leinen- und Baumwollwaren

Reserviert 22

Sagan

Möbel-Haus Peterknecht, Keplerstraße 48

Reserviert, Fritz Skupin, Ring 32, Herren- u. Knabenbekleidung

Kauft Eisen u. Eisenwaren nur bei J. C. E. Boehm GmbH, Alter Ring

Paul Wenger, Markt 20, Komm.-Gesellschaft, Schuhwaren jeder Art

Thiele & Kalbitz, Sorauer Straße 19, Lederhandlung, Schuhmacherbedarfsartikel

Laube's Schuhhaus, Große Auswahl - Niedrige Preise, Sorauer Straße Nr. 28

Bruno Müller, Fabrik feiner Fleisch- u. Würstwaren, Frühstückstube, Keplerstraße 8

Musik- und Radio-Haus, Robert Kretschmann, Inhaber: F. W. Schwantke, Eigene Reparaturwerkstatt

F. Rollmann, Inh. R. Koblitz, Tel. 578, Uhren, Gold- und Silberwaren, Optik

Becker & Co., Brüderstraße 7, Elektr. Installation, Beleuchtungskörper und Apparate

Paul Jacob, Markt 31, Fabrik feiner Fleisch- u. Würstwaren

Emil Adam, Sorauer Straße 7, Koffer, Lederwaren aller Art, Matratzen, Reparaturwerkstatt

Paul Hänsel, Klosterhof 8, Sorauer Str. 22, Nähmaschinen und Fahrräder

Kunella-Gold, mit den wertvollen Kunella-Bons, gibt es nur in den Kunella-Butterhandlungen

Reserviert, Brot- und Feinbäckerei, Georg Kraschwitz, Fischendorfer Straße 8

Trinkt Milch und ihr bleibt gesund, Central-Molkerei

Eise Hoffmann, Stadtwiese 2, Damen-, Herren- und Kinderwäsche

Ernestine Hänel, Nizzaplatz 4, Kleiderstoffe, Damen- und Kinderwäsche

Gustav Buchwald, Ludwigplatz Nr. 2, Frühstückstube, ff. Fleisch- und Würstwaren

R. Sommer, Bahnhofstraße 23, ff. Fleisch- und Würstwaren

Kauft in der Nizza-Drogerie, Paul Gloge, Besucht das Saganer Lichtspielhaus

Gustav Berthold, Nizzaplatz 2, Feine Fleisch- u. Würstwaren

Wäschehaus A. Michaelis, Alter Ring 33, Wäsche / Bettfedern / Wollwaren / Kinderartikel

Brot-, Weiß- und Feinbäckerei, 2 mal täglich frische Semmeln bei Kirstein, Garberstraße 3

Glogau

Herren- und Knabenbekleidung, Adolf Kreuzberger, Markt 18

Reserviert, A. Matwald, Mühlstraße 1, Zigarren, Zigaretten, Tabake

Musikhaus S. Hande, Vile Musikinstrumente, Saengefr. 62

Oswald Hensler, Roßfleischerei - Speisekell, Cangelstraße 85

Paul Kurzke, Mälzstraße 41, Schuhwaren aller Art

Büro-, Schul- und Zeichenbedarf, Bernhard Döring, Preußische Straße Nr. 56

Emil Winkler, Langestraße 21, Lebensmittel / Tabakwaren

ff. Fleisch- und Würstwaren, Emil Neugebauer, Rüterstraße 29

Trinkt Glogauer Berthold-Biere

Bro- und Feinbäckerei, Emma Senfleben, Hohenzollernstraße 38

Gerhard Weber, Langestraße 60, Fahräder, Nähmaschinen, Radioapparate und Zubehörsätze - Bequeme Teilzahlung, Reparatur-Werkstatt

Paul Böhm, Langestr. 47, Feinste Fleisch- und Würstwaren

Molkerei Glogau zu Rauschwitz

Kauft Schuhe bei Groß, Ring 16

Auf Teilzahlung Herren- u. Damenbekleidung bei Markscheid, Köppenstraße 14

Karl Burkert, Brot- u. Feinbäckerei, Münzstraße Nr. 8

Gaststätte »Zum blauen Hecht«, Treff der Arbeiterschaft, Breslauer Straße Nr. 8

Billigste Bezugsquelle für Blumen und Kränze, Kleinert, Peterstraße

Bettenhaus W. Sandler, Wilhelmplatz 11, Haus Braukommune, Bettfedern - Bettstellen - Matratzen

Musik-Instrumente kauft man gut und billig bei Ronge, Peterstraße 7

Größtes Lager in Hüten, Mützen, Wilhelm Dreykluft, Hodistr. 2

Kauft im Modehaus Landsberger, Butter-Markt

sohlenausschnitt u. Schuhmacher-Bedarfsartikel von August Zenker, Langstr. 15

Rothenbach, Schuhhaus Julius Bömann, Landeshuter Straße 30

Alfred Jenzen, Mälzstraße, Ecke Mohrenstraße, Damenhüte

Reserviert 27, Brot-, Weiß- und Feinbäckerei, Erich Lindner, Cangelstraße 17

Gedr. Kurze, Inh. Willi Zeln, Lange Straße 39, Weinbrennerei u. Likörfabrik, Destillationsausstank

Reserviert 27

Fleischermeister, Berthold Freitag, Große Oderstraße 16

G. Exner & Co., Preußische Straße, Manufakturwaren, Garderoben

Bäckerei und Konditorei, Gottlieb Handke, Spezialität: Steinmetz-Krautbrot, Dr. Klopfer-Brot

Pietrkowski, Markt, Seit 35 Jahren Qualitätswaren, immer am billigsten

Alfred Jander, Langestraße 79, Uhren und Goldwaren, Reparatur-Werkstatt

Bade-Anstalt, Verabfolgung sämtlicher Bäder, Mohrenstraße Nr. 2

Besucht die Vereinigten Lichtspiele

Paul Mittelstaedt, Rüterstraße 22, Beichauerweg 44 - Fleischerei, feinsten Fleisch- und Würstwaren

Johannes Berger, Kdt.-Ges., Schokoladen-Geschäft

ff. Fleisch- und Würstwaren, Oskar Rothe, Immelmannstr. 103

Herrenstoffe, Kleider, Bernh. Jakubowski, Sophienstraße 8

Tabak, Zigarren, Zigaretten, Robert Tamaschke, Mittelstraße 71

Kurt Teuchert, 12 Kohlmarkt 12, empfiehlt seine ff. Fleisch- und Würstwaren

Brot-, Weiß- u. Feinbäckerei, G. Vogt, Carthausstr. 52

Fritz Böfert, Schloßstraße 16, ff. Fleisch- und Würstwaren

Besucht die Galt- und Frühstückstube, »Möwe«, Posistraße 4

Karl Hayn, Breslauer Straße 39, Fleisch- u. Würstwaren, Telefon 4657

Brot- und Feinbäckerei, Paul Schön, Ritterstr. 25

Vereinigte Lichtspielhäuser Liegnitz

Bruno Heppner, Neuer Weg Nr. 2 und Marktstand, ff. Fleisch- und Würstwaren

Paul Tschickart, Gerichtstr. 20, Brot- und Feinbäckerei

Herren- u. Knaben-Bekleidung, Maiwald & Willner, Burgstr. 7

Schube u. Sichel, Paul Nittliche, Mittelstr. 71

Tabakwaren-Spezialgeschäft, Harbert Marx, Kohlmarkt Nr. 22

H. Döring Nachf., Spoorstraße 32, Berufslöhnerwerk

Fleisch- u. Würstwaren, Bruno Röhrlich, Carthausstraße, Ecke Feldstraße

Polstermöbel und Metallbettstellen billig bei Alfred Mauerberger, Breslauer Straße 21

Kohlenhandlung, Carthausstraße 37, Johann Wollenberg, Fernruf Nr. 3484

Hansa-Butter-Halle, Gustav-Adolf-Str. 21



Lederhandlung, Schuhmacherbedarfsartikel, Sohlenleder-Ausschnitt, Thiele & Kalbitz, Sorauer Straße 19



Becker & Co., Brüderstraße 7, Elektr. Installation, Beleuchtungskörper und Apparate



Kunella-Gold, mit den wertvollen Kunella-Bons, gibt es nur in den Kunella-Butterhandlungen



Kauft in der Nizza-Drogerie, Paul Gloge, Besucht das Saganer Lichtspielhaus



Der billige Karrenladen, Wert gut und preiswert seine Backwaren kaufen will, gehe zur Bäckerei Adolf Tesch, Apfelstraße 3-6

Arbeiter, kauft eure Rauchwaren im Zigarrenhaus, Ernst Meyer, Breitestraße

Spielwaren - Korbwaren, P. Jakob, Breitestraße 45-47

Kolonialwaren und Fleischerei von Singe & Wirbel, Glogauer Straße Nr. 9

Central-Kaufhaus, Größte Auswahl - niedrigste Preise, Zweieimerstraße 9/11